taz.de

06.06.2011 | 1 Kommentar

INITIATIVE FÜR MEHR HORTBETREUUNG

Schluss mit Schlüsselkindern

Rot-Rot will jetzt doch über die erweiterte Hortbetreuung verhandeln. Bislang sind Fünft- und Sechstklässler von der Nachmittagsbetreuung nahezu ausgeschlossen.

VON MANUELA HEIM

Die Initiative fordert, dass alle Grundschüler von der 1. bis zur 6. Klasse Anspruch auf einen Hortplatz haben. Foto: dapd, Sebastian Widmann

Alle Grundschüler sollen in den Hort dürfen - und mit besserer Betreuung als bisher. Das fordert die Initiative "Volksbegehren Grundschule" um den Architekten Burkhard Entrup, der sich schon um den Ausbau der Kitabetreuung mit einem Volksbegehren verdient gemacht hat. Am morgigen Mittwoch treffen sich die rot-roten Fraktionsspitzen und BildungspolitikerInnen mit den InitiatorInnen, um über einen Kompromiss zu sprechen. Scheitert das Gespräch, will die Initiative zur besten Wahlkampfzeit Stimmen für einen Volksentscheid sammeln.

Werden Kinder bis zur 4. Klasse nur dann nachmittags betreut, wenn die Eltern berufstätig sind, ist die Hürde für die Fünft- und Sechstklässler noch höher: Hort-Anspruch besteht nur, wenn eine besondere Sprachförderung oder schwierige Familienverhältnisse die Betreuung erforderlich machen. Für die meisten 11- bis 12-jährigen Kinder berufstätiger Eltern heißt es deshalb nach Schulschluss: als Schlüsselkind nach Hause. Häufig sogar ohne Mittagessen, denn an vielen Schulen ist die subventionierte Schulspeisung den Hortkindern vorbehalten.

Vor diesem Hintergrund fordert die Hort-Initiative den Wegfall der Bedarfsprüfung, sodass alle Grundschüler von der 1. bis zur 6. Klasse Anspruch auf einen Hortplatz haben. Etwa 14.000 Fünftklässler seien das jährlich, sagt Sprecher Burkhard Entrup. Zugleich kämpft die Initiative für die Verkleinerung der Hortgruppen von derzeit 22 auf 16 Kinder, Schulspeisung für alle und bessere

Verzahnung zwischen LehrerInnen und HorterzieherInnen. 100 Millionen Euro jährlich soll die Umsetzung kosten.

Dass Handlungsbedarf besteht, ist unter den politischen Akteuren unumstritten. "Für uns hat die Abschaffung der Bedarfsprüfung in der nächsten Legislaturperiode oberste Priorität", sagte der bildungspolitische Sprecher der Linken, Steffen Zillich, der taz. Auch bei der SPD rede man "seit 1989" darüber, die Lücke in der Nachmittagsbetreuung zu schließen, sagt die bildungspolitische Sprecherin der SPD, Felicitas Tesch. Nur das Geld habe gefehlt. Zumindest für eine stufenweise Ausweitung der Betreuung sieht Tesch nun gute Chancen. Große Bedenken hegt sie bei der Verkleinerung der Hortgruppen: "Das kostet um die 40 Millionen jährlich - das kriegen wir nicht gestemmt", sagte sie der taz. Die Einigung hänge davon ab, wie verhandlungsbereit die Hort-Initiative sei.